

# Alaska vs. Renewable Portfolio Standard RPS: Die Öffentlichkeit wacht auf

geschrieben von Chris Frey | 24. Mai 2025

[Kassie Andrews](#), [MasterResource](#)

*„Der Vorschlag beinhaltet Gutschriften für erneuerbare Energien, eine Pseudo-Kohlenstoffsteuer, bei der Genossenschaften Gutschriften kaufen, anstatt Projekte für erneuerbare Energien zu bauen; einen Windenergie-Bonus-Multiplikator von 1,25x für große Projekte; und eine Option für Fein-Reinvestitionen, um Projekte für erneuerbare Energien zu erzwingen. Diese verordnete Energiewende bindet die Bürger Alaskas an unzuverlässige und politisch begünstigte erneuerbare Energien, ob der Markt (oder die Menschen) es wollen oder nicht.“*

Seit Jahrzehnten wird die Energiepolitik Alaskas nicht mehr durch den Willen des Volkes, sondern durch unlautere Einflüsse von außen geprägt. Die lange Spur der Einmischung wurde von Klimaaktivisten und ihren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angeführt.

Im Jahr 2010 wurden Ziele für erneuerbare Energien in die [Energiepolitik](#) Alaskas eingeschuggelt und damit der Grundstein für den heutigen Ruf nach dem Renewable Portfolio Standard (RPS) gelegt. Den meisten Alaskanern ist nicht bewusst, wie viel dieser Politik von und für eigennützige, linke NGOs geschrieben wurde.

Die gleichen Aktivisten-Netzwerke, die damals die Hallen von Juneau durchstreiften, sind nie wiedergegangen. Diese Gruppen fahren fort, die Regierung in Richtung ihrer ideologischen Ziele zu lenken und dabei Alaskas repräsentative Republik zu vereinnahmen. Nichts davon ist organisch; es ist das Ergebnis von kalkuliertem Druck von Gruppen, die sich wenig um die Bürger Alaskas kümmern, aber viel Appetit auf Macht haben.

Ein Renewable Portfolio Standard (RPS) steht in Alaska bereits zum dritten Mal auf der Tagesordnung. Gouverneur Mike Dunleavy unterstützte die ursprüngliche Version im Jahr 2022, und jetzt sind die Republikaner nicht mehr in der Mehrheit.

## Renewable Portfolio Standard Nr. 3

„Ein Gesetz über die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen; über einen Standard für erneuerbare Energien; über den Ausgleich der Stromkosten; und über ein Datum des Inkrafttretens“ ([House Bill 153](#)) wurde am 24. März 2025 von Abgeordnetem Ky Holland (I-

Anchorage) eingebracht. Laut seiner [Präsentation](#):

*Ein RPS ist eine Verpflichtung für Stromversorger..., einen Mindestprozentsatz oder eine Mindestmenge ihrer Endkundenlast... mit förderfähigen erneuerbaren Energiequellen zu versorgen. HB 153 legt die folgenden Ziele fest: 40 Prozent bis 2030, 55 Prozent bis 2035.*

Der [RPS 2023](#) sieht 25 Prozent bis 2027, 55 Prozent bis 2035 und 80 Prozent bis 2040 vor. Derzeit liegt der Anteil der erneuerbaren Energien im Railbelt (dem Netz, das 85 Prozent der Last in Alaska versorgt) bei nur 15 Prozent. Die Wasserkraft dominiert und [liefert](#) im Jahr 2023 landesweit etwa 90 Prozent des erneuerbaren Stroms. Dem Antragsteller zufolge ist ein Anteil von 40 Prozent bis 2030, ausgehend von 15 Prozent heute, „bescheiden“, und 55 Prozent ist eine „realistische“ Obergrenze.

Obwohl die Gesetzgebung Wasserkraft zulässt, haben die hinter dem Gesetzentwurf stehenden [Aktivisten](#) gleichzeitig die [Beseitigung](#) des Eklutna-Damms gefordert, der etwa 14 Prozent des gesamten Anteils an erneuerbaren Energien im Railbelt liefert. Damit ist klar, auf welche Quellen die Genossenschaften zurückgreifen müssen: auf intermittierende Quellen wie Wind und Sonne.

## **House Bill 153: Massenhaft Probleme**

Der damalige Kandidat Holland erhielt [Informationen](#) darüber, wie unzuverlässig Wind sein kann, wenn die Menschen in Alaska ihn am meisten brauchen. Während des Kälteeinbruchs im Jahr 2024 fiel der Wind auf Fire Island über einen längeren Zeitraum auf Null, und der Durchschnitt lag bei nur 20,3 Prozent in der Woche – 100 Prozent unzuverlässig.

Die Gesetzgebung bestraft Genossenschaftsmitglieder, welche die Zielvorgaben nicht einhalten, mit Geldstrafen von 45 \$/MWh, die jährlich an die Inflation angepasst werden. In der für 2023 vorgeschlagenen Fassung betrug die Strafe 20 \$/MWh, und obwohl die Genossenschaften sie technisch gesehen nicht über die Tarife einfordern konnten, gab es für sie keine realistische Möglichkeit, sie anders zu bezahlen. Dieser Gesetzentwurf ist jedoch völlig anders, und man versucht nicht einmal, dies zu verbergen.

Auf die Frage des Ausschussmitglieds George Rauscher, wer den Preis bezahlt, musste Shaina Kilcoyne, Hollands Mitarbeiterin, [einräumen](#), dass „letztendlich der Steuerzahler zahlen würde“.

In einem größeren Rahmen, z. B. in einem Krankenhaus mit einem Verbrauch von 10.000-15.000 MWh/Jahr, würden sich die Strafzahlungen bei einem 20-prozentigen Defizit auf mehr als 100.000 Dollar jährlich belaufen. Für Wohnhäuser liegen sie im dreistelligen Dollarbereich, und für beide wird es immer teurer, je mehr die [Elektrifizierung](#) von Wärmepumpen, E-Fahrzeugen, öffentlichen Verkehrsmitteln und industrieller Prozesswärme vorangetrieben wird. Darin nicht enthalten sind der Faktor der

Intermittenz oder die höheren Kosten der erneuerbaren Energien selbst, welche die Genossenschaften zweifelsohne durch eine Erhöhung der Grundpreise ausgleichen müssen.

Dieser Vorschlag beinhaltet Gutschriften für erneuerbare Energien, eine Pseudo-Kohlenstoffsteuer, bei der Genossenschaften Gutschriften kaufen, anstatt Projekte für erneuerbare Energien zu bauen, einen Windenergie-Bonus-Multiplikator von 1,25x für große Projekte und eine Option für Straf-Reinvestitionen, um Projekte für erneuerbare Energien zu erzwingen. Dies ist eine verordnete Energiewende mit scharfen, großen Knüppeln, die direkt auf die Brieftaschen der Steuerzahler zielt. Sie bindet die Bürger Alaskas an unzuverlässige und politisch begünstigte erneuerbare Energien, ob der Markt (oder die Menschen) es wollen oder nicht.

## **Aktivisten, Operationen, Dunkles Geld**

Das Verdienst für die RPS-Gesetzgebung in dieser Runde gebührt dem Mitarbeiter Kilcoyne, der dem Energieausschuss des Repräsentantenhauses am 1. April 2024 die [Abschnittsanalyse](#) vorlegte. Kilcoyne war unter Bürgermeister Ethan Berkowitz Mitverantwortliche für die Umsetzung des Anchorage Climate Action [Plan](#). Sie ist als Energy Transition Program Director für den Alaska Venture Fund [tätig](#). Der Alaska Venture Fund ist ein [Projekt](#) des New Venture Fund, dem Flaggschiff unter den zahlreichen von Arabella Advisors verwalteten gemeinnützigen Organisationen. Das Alaska-Projekt [erhielt](#) 2021 10 Millionen Dollar vom [Bezos Earth Fund](#), um die verfassungswidrige [Justice40](#) des ehemaligen Präsidenten Joe Biden in Alaska voranzutreiben.

Es war keine Überraschung, dass der Ausschuss die gleichen alten Befürworter früherer RPS-Gesetze zur Stellungnahme einlud. Dazu gehörten die [Bloggerin](#) Erin McKittrick, die im Vorstand von REAP sitzt, und der Chief Energy Officer von Hawaii, sowie ein neuer Rekrut: Die Alaska Public Interest Research Group, [AKPIRG](#).

AKPIRG behauptet, Alaskas einzige nicht-staatliche, überparteiliche Verbraucherschutzgruppe zu sein – und doch haben sie sich pro RPS [ausgesprochen](#). Man kann sich kaum eine größere Heuchelei vorstellen: die Unterstützung einer Politik, welche die Steuerzahler und Verbraucher bestraft. Besonders interessant ist die Behauptung der Überparteilichkeit, die sowohl während der Zeugenaussage als auch in der schriftlichen Präsentation aufgestellt worden ist.

Die Moderatorin, Energy Lead Natalie Kiley-Bergen, ist eine eingetragene Demokratin. Auf ihrer Website findet sich eine Anerkennung des Landes und die Angabe, dass sie die [Jemez-Prinzipien](#) for Democratic Organizing verwenden, die ausschließlich von antikapitalistischen, radikalen Umweltrechtsgruppen verwendet werden, die sich für ein Verbot fossiler Brennstoffe einsetzen.

Laut ihrem [Bericht](#) 2024 feierte diese „überparteiliche“ Gruppe stolz ein viermonatiges Sabbatical für ihren Geschäftsführer und führte eine permanente Vier-Tage-Woche ein, mit einem bezahlten Wellness-Tag jede Woche. Offensichtlich ist die Demontage der Wirtschaft eine anstrengende Arbeit, sogar für die überparteilichen Leute. In ihrem Jahresbericht 2024 wird stolz die Liste der Spender aufgeführt, die typische Mischung aus linken Politik-, Klima- und Wahlbeeinflussungs-Netzwerken. Zu den Geldgebern der Klima- und Energiewende gehören das 11th Hour Project, der Hopewell Fund und die Tortuga Foundation. Der Hopewell Fund ist auch Teil des Arabella Advisors-Netzwerks.

## Der große Betrug

Jahrelang wurde Alaskas RPS von Aktivisten und politischen Entscheidungsträgern als Lösung für den Klimawandel propagiert. Aber da die Skepsis gewachsen ist – vor allem während der Trump-Regierung, die jetzt aktiv den Teppich unter der Klima-Agenda wegzieht und die Finanzierung des Green New Deal kürzt – haben die gleichen Akteure einfach ihre Taktik geändert. Da das Klima-Narrativ in Alaska an Zugkraft verliert, verpacken sie nun den RPS als Antwort auf die schwindenden Cook-Inlet-Gasreserven und die angebliche Bedrohung durch teure Gasimporte. Bidens Energieministerium hat ihnen dabei [geholfen](#).

Es ist die gleiche Vorschrift, nur eine neue Angstkampagne, bei der die „Klimakrise“ durch eine „Gaskrise“ ersetzt wird, um eine kostspielige, unzuverlässige Energiepolitik durchzusetzen, die von linksgerichteten Klima-NGOs vorangetrieben wird.

Das ist die Falle eines „Alles-oder-nichts“-Energieansatzes. Dunleavy hat dieses Mantra bereits mehrfach wiederholt. *Dieser Ansatz ist eine Ausrede dafür, von allem ein bisschen zu machen und nichts davon gut.* Enorme staatliche Mittel und Anstrengungen wurden in Task Forces für Energiesicherheit und Konferenzen für nachhaltige Energie gesteckt. Es gab sogar einen technischen Ausschuss, der vom ehemaligen Bürgermeister von Anchorage Dave Bronson eingesetzt wurde, um die Bürgermeister von Süd- und Zentralalaska in der Gaskrise zu beraten. Ein Bericht über ihre Untersuchungen liegt noch nicht vor. Das Ergebnis für Alaska ist eine zentralisierte Planung, grüne Banken, Kohlenstoffabscheidung und RPS-Mandate, die darauf abzielen, Wind- und Solarenergie in das Netz zu zwingen.

[Kursiv im Original]

Alaska braucht eine Führung, die aufhört, sich hinter „allem oben gesagten“ zu verstecken, und sich stattdessen für alles [Vernünftige](#) einsetzt. Letzten September [schlug](#) ich Holland einen [RPS](#) vor, als er für das Amt kandidierte, einen Reliable Portfolio Standard. Aber jetzt ist er hier und setzt sich für das komplette Gegenteil ein – er unterstützt eine Politik, die Unzuverlässigkeit und explodierende Kosten garantiert. Alaska verdient Energie, die funktioniert, und keine Politik, die nicht

funktioniert.

## Die Anhörung HB 153

Am 10. April fand eine öffentliche Anhörung zu HB 153 statt. Darin wurde der RPS eindeutig abgelehnt. Die Gebührenzahler waren zahlreich erschienen, und die meisten Redner waren entschieden dagegen. Die Bürger Alaskas machten deutlich, dass sie keine unzuverlässige Energie wollen, die unserem Netz aufgezwungen wird.

Unterdessen kam fast die gesamte Unterstützung für den RPS von denjenigen, die finanziell von dem Gesetzentwurf profitieren werden, allen voran Chris [Rose](#) vom Renewable Energy Alaska Project ([REAP](#)), der praktischerweise mehr als drei Minuten Zeit hatte, um sein Anliegen vorzutragen, verglichen mit unseren zwei Minuten. Es war ermutigend zu sehen, dass die Bürger sich so gut gegen die 15-köpfige REAP und andere Regierungs- und linke Umweltorganisationen behaupten konnten, die darauf aus sind, dass Big Brother eine schlechte Energiepolitik durchsetzt.

## Nach vorne schauen

Der Ausschuss erklärte, dass in der nächsten Woche weitere Anhörungen stattfinden werden, aber noch ist nichts geplant. Der Gesetzentwurf muss nach dem Energieausschuss noch das Ressourcenhaus und das Finanzhaus passieren. Leider werden diese Ausschüsse von den Linken dominiert, und da die Mehrheit im Jahr 2024 verloren geht, wird das Gesetz wahrscheinlich verabschiedet.

Die schwache Hoffnung ist, dass der Gouverneur angesichts der jüngsten Anordnungen Trumps den Druck spürt. Die Unterzeichnung des Gesetzes wäre politischer Selbstmord angesichts der Ablösung des Biden-Regimes. Aber wir kennen Dunleavy's Spiel – wenn er kein Veto einlegt und das Gesetz einfach 20 Tage ruhen lässt, wird es in aller Stille zum Gesetz.

Der Gouverneur veranstaltet nicht ohne Grund am Ende der Legislaturperiode die [Konferenz](#) für nachhaltige Energie, und Shaina Kilcoyne, die diesen Gesetzentwurf eingebracht hat, ist eine der Rednerinnen (Zufall?). Alex Epstein und Daniel Turner sind ebenfalls als Redner eingeladen.

Ein sehr wichtiger Punkt wurde in der Stellungnahme angesprochen: Abgeordneter Holland ist ein Gesetzgeber mit Konflikten. Er ist Gründungsmitglied von [Alaska Version 3](#), einer Organisation, die sich dafür einsetzt, Alaska von seiner Ölwirtschaft weg und hin zu erneuerbaren Energien zu führen. Sie haben im Jahr 2021 festgelegt:

*Ky wollte ein Gespräch über die Zukunft Alaskas beginnen.... Er hat erkannt, dass die Ölwirtschaft das Wachstum des Staates begünstigt hat, aber jetzt in einem reifen Zustand ist und uns nicht mehr tragen kann. Was kommt als nächstes?*

Die Antwort ist eindeutig dieses Gesetz – und es dient seiner ideologischen [Agenda](#), nicht der Energiesicherheit Alaskas.

*Kassie Andrews is an energy expert on Alaskan politics and resource development. A lifelong Alaskan, her career in energy has involved project management, construction, and finance. Her prior analyses from a free-market perspective can be found [here](#).*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/04/17/alaska-vs-renewable-portfolio-standard-the-public-awakens/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE